

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Welt und Zeit". Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtli. Organ verfeindl. Verbänden. Schriftleitung: G. Wäckerle & Fernand-Verlag Halle Nr. 246/5, 246/6, 246/7. Verfeindl. Kundunterstellung mittags von 1 bis 2 Uhr. — Inseraten einzelnbenannt Manuskripten ist kein das Rückporto beizufügen

Belegpreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für Abholer wöchentlich 0,20 RM. Belegpreis 2,20 RM. durch Beilagen zusammen 2,70 RM. bei direkter Bestellung am Bestag 2,00 RM. — Einzelnenpreis 13 Pf. im Umgekehrten u. 10 Pf. im Restamtli. bei Postämtern. — Druckerei: G. Wäckerle & Fernand 246/5, 246/6, 246/7. Verfeindl. Kundunterstellung mittags von 1 bis 2 Uhr.

Gegen Monarchie, Reaktion und Kirche

Die Revolution in Spanien

Republikanische Flugblätter über Madrid - Die revolutionären Flieger nach Portugal entkommen In vielen Städten blutige Zusammenstöße - Noch keine Entscheidung im Bürgerkrieg

Die revolutionäre Bewegung in Spanien ist durch Niederlagen des Militärputsches von Jaca nicht erloschen. Die Republikaner haben vielmehr geteilt den Versuch gemacht, in Spanien die Republik auszurufen. Es ist bezeichnend, daß die Monarchie sich nur noch auf gewisse Kreise des Militärs stützen kann. Die Arbeiterschaft, bedeutende Teile des Bürgertums, sowie große Kreise der Studenten und des Militärs stehen im republikanischen Lager. Die erste die Lage von der Regierung eingehend wird, geht darauf hervor, daß über Madrid und die Zentralprovinzen des Nordens verhängt wurde. Alle Verhaftungen werden durch republikanische Kommandos abgebrochen und die Gefangenen innerhalb kürzester Frist freigelassen.

Der Durchbruch der Flieger.

Die Regierung schritt zur Verhängung des Kriegsrechtes, nachdem 24 Flugzeuge vom Militärflugplatz in Madrid unter Führung des Fliegermajors Franco und eines Generals die Befehle der spanischen Staatsmacht mit Flugplätzen besetzt hatten, in welchen die Republik ausgerufen wurde. Die Regierung war von der Ansicht dieses Fluges frühzeitig unterrichtet worden, so daß die Maschinen, noch bevor sie zurückkehren



Ein Bild von den schweren Zusammenstößen in Valencia, wo streikende Arbeiter die Straßenbahnwagen umstürzten.

schon nach kurzer Beschießung des Flugplatzes gegen 12.30 Uhr mittags durch einen weißen Hagel erbeutet haben. Die Führer des Aufstandes sind, soweit sie nicht mehr flüchten konnten, verhaftet worden. Der Flugplatz selbst wurde von einem starken Genarmee-Angebot besetzt. Die Grenzübergänge nach Frankreich sind restlos gesperrt. Auch die internationalen Züge der Fernverkehrsbahn werden von noch nach Spanien.

Generalstreik und Straßenkämpfe.

Der am Montag in zahlreichen spanischen Städten veranstaltete Generalstreik ist bis auf San Sebastian und Santander überall ruhig verlaufen. In San Sebastian verhafteten Arbeiter, arbeitswillige Kollegen von der Arbeit abzuhalten

und die Milch- und Lebensmittelzufuhr zur Stadt zu unterbinden. Als die Polizei eintrifft, kam es zu blutigen Zusammenstößen. Auf beiden Seiten waren Tote und Verwundete zu beklagen. Die Nachricht von dem Blutvergießen ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Eiden und Cafés wurden daraufhin geschlossen. Ein anderer Zusammenstoß war in San Sebastian zu verzeichnen, als Anhänger der Aufstandsregierung in die Büroräume des Gouverneurs in San Sebastian einzudringen versuchten. Die an dem Eingang stehenden nachgehenden Polizeibeamten wurden von den "Rebellen", wie es in einem amtlichen Bericht heißt, niedergemacht. Blutige und blutige nahmen sofort die Verfolgung der "Aufständischen" auf. Mehrere wurden getötet, zahlreiche verwundet und viele beschattet.

Auch in Sevilla und Cadix, wo am Montag aus Maroffa zurückgekehrte Truppen ausgeschifft wurden, kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. Die Zahl der Toten bzw. Verwundeten ist noch unbekannt. Wie in San Sebastian, so wurden auch in Sevilla und Cadix zahlreiche Personen verhaftet. Der Generalstreik wird in den genannten Städten auch heute weitergeführt.

Der Telephonstreik Berlin-Madrid, der infolge der Vorwurfsliste in Spanien seit Montag mittag unterbrochen ist, ruht auch heute noch. Befördert werden von Madrid aus bis auf weiteres nur Telegramme, die die Zensur passiert haben. Im Fundament zwischen Spanien und Deutschland waren Unterbrechungen bisher nicht zu verzeichnen.

Das Gebot der Stunde:

Eintritt in das Reichsbanner

Überfüllte Protestkundgebungen in Berlin gegen das Film-Verbot

Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Montagabend in den größten Sälen der Reichshauptstadt mehrere Protestkundgebungen gegen das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“. Die Veranstaltungen zeigten, daß das Verbot ein Massenrumor des Unwillens hervorgerufen hat.

Einstimmige Versammlungsfestale waren eine halbe Stunde, teilweise sogar eine Stunde vor Beginn der Kundgebungen besetzt und mußten polizeilich aufgelöst werden. An mehreren Stellen wurden Parallelsammlungen abgehalten. Redner des Zentrums, der Staatspartei, der Nationaldemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zu den in Massen erschienenen Republikanern. In allen Versammlungen wurde eine Forderung angenommen, in der gegen das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ protestiert wird und in der es weiter heißt:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stellt sich an die Spitze des Kampfes gegen den schändlichen Terror für den Geist und für die Grundrechte der Weimarer Verfassung. Dieser Kampf gegen nationalsozialistische Provokationen darf jedoch nicht durch Demonstrationen erbeutet gelähmt werden. Wir vermahnen und darum auch einschneiden dagegen, daß die staatsbedrohende Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit dem Parteiverbot auf eine Stufe gestellt wird.“

Seite veröffentlicht die Bezirksverbände der

SPD, Berlin und Brandenburg, der Bezirksverband des NSD, Brandenburg-Grenzwald, der Allgemeine freie Angestelltenbund, das Arbeiter-Sport- und Kulturzweck und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einen gemeinsamen Aufruf gegen den schändlichen Terror, mit der Aufforderung an alle Parteifreunde, Gemeindeglieder und Arbeiterportier, in das Reichsbanner einzutreten und zur Abwehr zu kämpfen.

Zwischenfälle nach der Kundgebung

Am Montagabend wurden im Zentrum Berlins nach den Protestveranstaltungen des Reichsbanners 20 Reichsbannerleute von 30 Kommunisten tätlich angegriffen. Zwei Reichsbannerleute erlitten Verletzungen, 17 Personen wurden verwundet. In einer anderen Gegend der Stadt wurde, vermutlich von Nationalsozialisten, die Schaufensterfront eines Restaurants eingemortet, in dem sich Reichsbannerleute aufhielten. Auch sonst kam es zu kleineren Zwischenfällen.

Mißtrauensantrag gegen Seevering.

Dezembertagung des Deutschen Reichstages.

Der Reichstags Landtag trat am Montag zu einer kurzen Dezemberberatung zusammen.

Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Reichstagspräsident in einem längeren Nachruf der inzwischen verstorbenen Abgeordneten Adolph Hoffmann (Zs.) und Dr. Pösch (Zentrum). Adolph Hoffmann war 1908 einer der ersten Sozialdemokraten, die nach den Wahlrechtskampfen 1908 in das damalige Reichstagsgebäude einzogen. Er hat in den langen Jahren seiner Parlamentstätigkeit als schlagfertiger und witziger Redner und in treffenden Zwischenrufen oft genug zur Verbesserung der Parlamentssitzungen beigetragen. Dr. Pösch war bis vor kurzem Vizepräsident des Landtages und hat im ganzen 46 Jahre dem Parlament angehört.

Für Adolph Hoffmann ist Abgeordneter Frau Dr. Käthe Franzenhals (Berlin) in den Landtag eingetreten.

Eine große Debatte wurde der Staatsvertrag mit der Berliner Volksbühne an den Hauptplatz übergeben. Die Volksbühne soll für die Aufgabe ihres Rechtes auf Vorstellungen in der zu schließenden Berliner Krolloper eine geldliche Abfindung und die Zulassung von Vorstellungen in der Staatsoper unter den Händen erhalten.

Der Landtag erledigte dann noch eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen. — Am Dienstag steht ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Seevering wegen der Haltung zum Film „Im Westen nichts Neues“ auf der Tagesordnung. Außerdem wird der Finanzminister Dopfer-Nischow den Etat für 1931 einbringen.

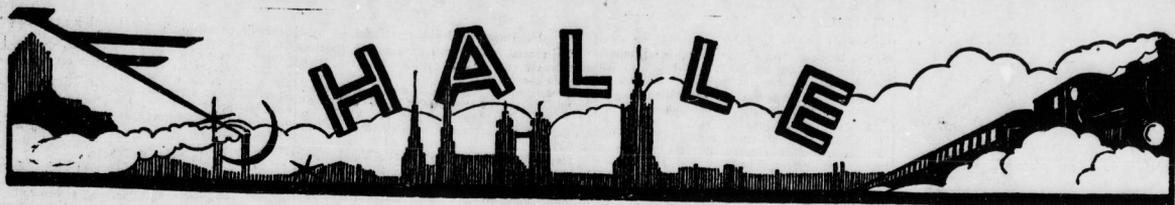


Fliegermajor Franco, einer der leitendsten Führer der Revolution.

konnten, mit Flugabwehrgeschützen beschossen wurden. Außerdem wurde der Flugplatz besetzt, so daß die formellen Oberbefehlshaber über die Aufstandsregierung, Franco und der Kommandeur des Militärflugplatzes, nicht mehr landen, sondern von regierungstreuen Fliegern verhaftet, nach der portugiesischen Grenze zu flüchten.

Franco und der Kommandeur des Madrider Flugplatzes, die nach der Beschießung des Militärflugplatzes mit 10 Offizieren per Flugzeug flüchten, sind am Montagmittag in der Nähe von Lissabon gelandet, wo sie von portugiesischen Polizeibeamten in Empfang genommen und bis zur weiteren Internierung wurden.

Die Regierung ließ am Montagmittag durch Ortsblätter mitteilen, daß die „Rebellion“ der 500 Mann starken Besatzung des Flugplatzes „zu den vier Wänden“ ohne große Schwierigkeiten niedergeschlagen werden konnte und die Aufständischen



Das hallische Stadtparlament soll keine Brühlbude sein

Theater vor und in Stadthaus

Wieder eine stürmische Stadtverordnetenversammlung - Kommunisten gegen den Wohnungsbau - Bürgerblock und Nazis gegen den Mieterschutz - Alle zusammen gegen die Erwerbslosen - Sozialdemokratischer Antrag zugunsten der jugendlichen Erwerbslosen angenommen - Herr Kathy beschimpft die Erwerbslosen

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von Kopf bis Fuß auf demagogische Agitation eingeleitet. Nationalsozialisten und sogenannte Kommunisten sind bekanntlich nur in den Parlamenten, um zu betreiben, daß der ganze Parlamentarismus ein elender Quatsch ist. Ganz offensichtlich haben sie nach diesen Gesichtspunkten auch die Auswahl ihrer Vertreter auf dem hallischen Rathaus getroffen: Sie blöder und verächtlicher sie sich benehmen, um so gründlicher geht es mit dem Parlamentarismus zu Ende. Je dümmere und unbeschäftigtere die Mitglieder sind, desto mehr ist es leichter für die "Radikalen", daß der Parlamentarismus kein Quatschmittel ist.

In jeder der letzten Stadtverordnetenversammlungen sind von den Kommunisten Anträge auf Beschließen für die Erwerbslosen eingedrängt worden. Meist die gestrigen wurden insgesamt ein Mehrfaches von dem letzten, noch für die Erwerbslosen im ganzen Jahr von der Stadt Halle ausgegeben wird. Ohne gleichzeitige Vorbehalte über die Verheißung der Mittel haben solche Anträge genau so viel Wert, als wenn beantragt und beschließen würde, der Magistrat möge endlich dafür sorgen, daß zu Weihnachten die Sonne scheint.

Gestern leisteten die Kommunisten im Besonderen Andersdenkender wieder ganz Hervorragendes. Sie erreichten damit aber nur, daß sie - laut in dem Augenblick, als sich die Möglichkeit, den Erwerbslosen wenigstens etwas zu geteueren, auf die bekannte Art von der weiteren Wirksamkeit ausgeschaltet wurden.

Man muß immer wieder zu der Erkenntnis kommen, daß solche Anträge nur geklärt werden können, daß sie abgelehnt und zur Realisierung der Massen ausgebeutet werden können. Daß dabei der Selbstverleumdung der lachende Teil ist, das ist aus dem nachfolgenden Bericht mit aller Deutlichkeit ersichtlich.

Der Verlauf der Sitzung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung, die letzte in diesem Jahre, begann recht vielversprechend. Die Kommunisten verlangten, wie zu erwarten war, daß die auch für diese Sitzung mit der vorliegenden Erwerbslosenfrage an erster Stelle behandelt würden. Der Vorsitzende lehnte ab, der erste Antrag war da.

Das Kollegium nahm dann die Wahl von 11 Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in die Kommission der Erwerbslosen und den Beirat für Kriegsbeschädigten- und Angehörigenüberlebenden-Fürsorge vor.

Dem Erwerb von Grundstücken in der Fernberger Straße und von Straßenland in der Dolauer Straße und am Kleinen Sandberg zwecks Verbreiterung der Albert-Straße wurde abgelehnt und ohne Widerspruch zugestimmt. Bei der Verankerung von Grundstücken an der Friedrich-Ebert-Straße, der Weidenburg-Straße und am Rosenfelder Weg machte die Kommission wieder, wie sie schon ihre grundsätzlichen Bedenken geltend, - Stadtkundliche Mitglieder machte die Herren darauf aufmerksam, daß die Grundstücksveräußerungen legitim sind den Zweck hätten.

Der Wohnungsbau zu fördern,

und daß sie mit dem Erwerb der Brandberge in seinem Zusammenhang stünden. Trotzdem lehnten die "Prinzipalisten" die Abgabe städtischen Bodens zum Zwecke des Wohnungsbaus ab.

Der zweite Vorstoß.

Darauf erhob sich erneut Herr Wabbel, um zur "Beschäftigungsfrage" das Kollegium mit der Forderung zu überschütten, die angeblich in einer der vielen von der SPD arrangierten Erwerbslosenversammlungen gewährt worden sein soll. Dieser erneute Vorstoß wurde vom Vorsitzenden sofort für erledigt mit dem Hinweis darauf, daß die laut Geschäftsordnung in der Stadtverordnetenversammlung nur die Stadtverordneten und Mitglieder des Magistrats das Wort erheben dürfen. Die Moskowiter gaben sich zufrieden, womit sie selber anwiesen, daß ihre häufigen Anträge doch nur ein agitatorisches Zweck verfolgten.

Die Verteuerung des Sterbens

Stadtk. Kathy (Bürgerblock) berichtete ausführlich über die durch unsere ausführlichen Veröffentlichungen bekannte Erhöhung der Friedhofgebühren. Damit in Zusammenhang steht eine Eingabe über die Erhöhung der Begräbnisgebühren und eine solche gegen die Erweiterung

der Kulturinstitutionen der Friedhöfe. Bestenfalls die Steinmetzunternehmer und die Gärtner.



Stadtk. Emil Lange (Soz.)

wandte sich gegen die mit dem Erlaß der neuen Gebührenordnung zusammenhängenden Beschäftigungsfragen. In Zeiten, wo andauernd von Preisobhut geredet würde, hätte man annehmen sollen, daß die Friedhofgebühren gesenkt werden. Statt dessen wurden sie erhöht. Wenn man sich trotz aller Bedenken dennoch dazu entschließen sollte, dann müßten vor allem diejenigen Kreise von vornherein eingeschaltet werden, die durch die Wirtschaftskrise in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher Bewilligung der Einkommen unter 3000 M. Der durch diese Maßnahme entstehende Ausfall von etwa 5000 M. soll aus öffentlichen Mitteln entnommen werden. Die Hinweise, daß dafür keine Mittel zur Verfügung stünden, seien nicht maßgebend. Gewiß solle gehandelt werden, aber an der richtigen Stelle und nicht bei den Friedhofgebühren, deren Erhöhung wir grundsätzlichen fordern. Darauf wandte sich der Redner dann gegen den Vorstoß des Berichterstatters, das Hauptaugenmerk auf die Senkung der Löhne der wirtschaftlichen Kreise zu richten. Unsere Forderungen müßte das Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der Kaufkraft gerichtet werden.

Der Kommunist Preßlich richtete die ganze Wucht seines Angriffs gegen den Departement der Friedhofverwaltung, der schon seit, daß vor zwei Jahren für Reich und Rente beiden Der Departement ist sozialdemokratisch, wodurch diese Ausfälle vermindert werden. Als feinerer sozialdemokratischer Stadtk. Kilian sich mit viel größerem Eifer für Erhöhung der Friedhofgebühren einsetzte und damit für Verteuerung des Sterbens ins Zeug legte, war man auf den kommunistischen Seiten sehr still. Die Einführung der 40tägigen Arbeitswoche mit Lohnausgleich, das bekannte Mittel der Kommunisten, wurde auch bei dieser Gelegenheit gefordert.

Stadtk. Zaß stellte einen der hauptsächlichsten Forderungen, die keinem Kollegen Beachtung unterlaufen waren (Beitrag: "Kollege" - Bericht, welche mich damit!) Was er über den Gesamtverleumdung, das noch unter Mißbrauch eines Schreiebus ausgeführt hat, sei eine glatte Unwahrheit. Erreichte kein Ergebnis. Zugele kam er sich auf den den Sozialisten besonders verhassten Knegelein.

Nachdem auch der Nazimann Tischer die Erklärung abgegeben hatte, daß die Nazis die Erhöhung der Friedhofgebühren im ganzen ablehnten, damit man zur Bewilligung der kommunalistischen Antrag auf Einführung der gebührenfreien Zoten-Entlastung bis zur Einkommensgrenze von 5000 M. nicht abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische, die beschäftigten Gewerbetreibenden erst bei einem Einkommen von 3000 M. in die Einkommensteuer einbehalten. Die Abweisung erfolgte mit 27 gegen 28 Stimmen, wobei ein Nazi und ein kommunistischer Stadtverordneter fehlten. Die Magistratsvorlage wurde daraufhin mit 27 gegen 28 Stimmen angenommen, dazu ein Antrag des Bürgerblocks, in dem verlangt wird, daß aus dem Mehrertrag der öffentlichen Werke, Verbesserungen, Anlagen neuer Wege, Errichtung von Schöpfwerken, befristet werden sollten. Dagegen soll die Erhaltung und Besserung von Gewässern, Anlagen und Erweiterung der Gewässer des Gewässersbetriebes besprochen, unterbleiben. Der Verkauf von Blumen und Pflanzen soll über das bis-

her übliche Maß nicht ausgedehnt werden, ferner, alles unterlassen werden, was der Brodwirtschaft unangenehm ist. Bürgerblockwirtschaft in Reinkultur.

Ein dritter Vorstoß der SPD.

Stadtk. Büttich, der Vertreter der "revolutionären Unorganisierten" im Stadthaus, verlangte, daß eine aus Stadtkundlichen und Magistratsvertretern bestehende Kommission jene losenartige Delegation empfangen und ihre Wünsche anhören solle. Er erhielt einen Ordnungsruf, weil er den Fraktionsführer des Bürgerblocks, Herrn Dr. Hirsch, als dämlich bezeichnete.

Stadtk. Sorgenfrei (Soz.) meinte, daß zu nächst festzustellen wäre, was denn das für Leute seien, die hier als Vertreter der Erwerbslosen auftreten beschickigten. Es bestche ein aus Mitgliedern der so genannten gebildeten Auslassung als Organ der Erwerbslosen. Sollte der F.D.P., der auch vom Magistrat anerkannt sei, wenn also irgendwelche Erwerbslosen-Angelegenheiten zu regeln seien, dann

Der über das Gewerkschaftsrecht.

Es bestche also keinerlei Veranlassung, hier

Die Abdeignung des Fernheizwertes an die Wehag

läste ebenfalls eine nicht uninteressante Debatte aus. Stadtk. Büttich von den Kommunisten gab zu erkennen, daß seine Fraktion "grundsätzlich" gegen die Uebertragung aus ihrer "prinzipiellen" Beibehaltung gegen die Uebertragung des Fernheizwertes an die Wehag sei. Er verlangte, daß die Uebertragung abgelehnt werden möge. Nichtsdestoweniger verlangte er aber Uebertragung, damit sich angesehene, gut amfänger Bedingten der Wehag eine Prüfung unterzogen werden könnten. Da auch die Nazis sich für die Verhinderung erklärten, ergriff Stadtkammerer Wab das Wort zum festzustellen, daß die städtischen Werke sich nach der Uebertragung des Fernheizwertes auf nicht lohnten, da es bisher Zuschußbetrieb war. Der Mann, der über die Angelegenheit im "Kampf" geschrieben habe, höre das Gas wachien Stadtk. Kathy (Bürgerblock) wandte sich energisch gegen die Methoden seines Fraktionsfreundes Stalle, der eine reichlich durcheinander und beschließliche Sache plötzlich verlegt wissen will. Hierbei erlebte man also wieder einmal das nicht seltenste Schauspiel, daß Mitglieder der famosen Einheitsfraktion einander bekämpfen.

Stadtk. Peters (Soz.) wandte sich gegen diese durcheinander Betrugsbekämpfungen und wieder aufstehenden Behauptungen der Kommunisten, daß die Werke an die Privatwirtschaft veräußert würden. Mit einigen kräftigen Heulen schied er den Hofrat Tischer mit seinem Sozial-Sozialismus heim.

Für die Uebertragung stimmte die vereinigte Reaktion - Kommunisten, Nationalsozialisten und Dauschöcker. Gegen diese Einheitsfront des Reichsrichters wurde auch die Magistratsvorlage angenommen.

Die Aufnahme eines Darlehns zur Verlegung des Mühlengrabenwerkes der Kälteanlage

und eines solchen zur Ausbesserung des Ostentensens im Stadthaus Halle-Stadtk. (auch allezeitige Zustimmung. Ein Antrag, daß die Herren A. G., die die Arbeiter in eigener Regie betreibt, die Böden noch des Tiefbaus und nicht; nach dem Gemeindearbeiterdarf soll, wurde von der gesamten Reaktion abgelehnt. Darauf kamen die schon mehrfach erwähnten Anträge auf

Verlegung der Anhebungsordnung für die städtischen Arbeiter

zur Verlegung. Obwohl der Sozialer Ausschuß vor einigen Wochen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig angenommen hatte, erklärte sich der Dauschöcker Ausschuß dagegen. Im Plenum lehnten sich gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten Sorgenfrei und Zaß

Vorstoß gegen den Mieterschutz

Die Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung Halle und Halle-Nord hatten ein Gesuch auf Angliederung des Mieterschutzamtes der Stadt Halle an das Amtsgericht eingereicht, das eine lebhafteste Debatte hervorrief. Das Gericht wurde am 27. Dezember durch den Richter Müller begründet. Er glaubte, den Mietern einzuweisen zu können, daß die Umstellung "nur aus Gründen der Sparbarkeit" gelte und die Rechte der Mieter nicht geschmälert würden. Man habe bei dieser Aktion "nur das Wohl der Mieter im Auge". (Frühdieser Besucher links) Stadtk. Günther von der SPD, fand es höchst bedauerlich, daß gerade die Hausbesitzer sich hier ein-

mal für das Interesse der städtischen Arbeiter ein. Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit 27 zu 27, also mit der entgegengesetzten Stimme des Angeleitetenvertreter Reichs abgelehnt, sowie mit demselben Stimmverhältnis beschließen, den Magistrat zu erlauben, auf Grund der Richtlinien des Arbeitsgeberverbandes eine neue Anhebungsordnung auszubereiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Verpachtung des Gattwirtschafts des Zoologischen Gartens

gab der SPD wieder den erwünschten Anstoß, "prinzipiell" für eigene Regie zu plädieren Stadtk. Erlich (Bürgerblock) bekämpfte das Verlangen mit dem Hinweis, daß die jetzige Regie ihren Verpflichtungen aus reinlich nachkommen sei und kein Grund bestehe, für die Eröffnung zu verhandeln. Warum leidet der "Volkspar", trotz eigener Regie, Rat? (Auch der Kommunisten Franke, Wegen der Sparwirtschaft, die dort ist) Trödem füllten sich die Herren Kommunisten unter dieser, "Sparwirtschaft" sehr wohl. Die Verpachtung wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

energie für die Interessen der städtischen Arbeiter ein. Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit 27 zu 27, also mit der entgegengesetzten Stimme des Angeleitetenvertreter Reichs abgelehnt, sowie mit demselben Stimmverhältnis beschließen, den Magistrat zu erlauben, auf Grund der Richtlinien des Arbeitsgeberverbandes eine neue Anhebungsordnung auszubereiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit spielte sich folgendes in der Zwischenzeit ab. Herr Büttich von der SPD, gab eine Erklärung ab, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion die Politik der Partei "ausdrücklich kennzeichne". Stadtk. Sorgenfrei (Soz.) stellte demgegenüber fest: Unsere Anträge werden sich mit den Wünschen der städtischen Arbeiter, liegen also in ihrem Interesse. Bei den fernmündlichen Anträgen trifft das nicht zu. Eine schriftliche Erklärung gab auch der mit dem Personalrat innerhalb der städtischen Arbeiter genau vertraute Stadtverordnete Zaß ab.

Es folgte dann die Beratung des Antrags der SPD, auf Bewilligung von 2000 M.

zur Verlegung von Miets für Übungsräume (in Schulen usw.) und Verlegung der Betriebe für alle dem Kartell für Arbeitervereine, und Körperpflege angeschlossene Vereine. Der Antrag wurde namentlich darauf hin, daß die Stadt alles tun müsse, um die gestiegenen und steigenden Lebens- und Arbeitslosigkeit namentlich für die erwerbsfähige Jugend mit sich bringt, zu überwinden helfen. Der SPD-Antrag wurde vom Stadtverordneten Müller sehr sachlich, namentlich im Hinblick auf die Schäden der Erwerbslosigkeit, die es durch derartige Maßnahmen zu befeitigen gälte, begründet. Der Kapell Franke hielt eine Motivationsrede, die sich von Mostan bis zum Deutschen Fußballbund erstreckte. Natürlich lehnte es dabei an den üblichen Angriffen auf den "sozialdemokratischen Arbeiterpartei" nicht. Er schloß die Begründung eines Antrages seiner Fraktion auf Bewilligung von 10 000 M. allein für die Kommunisten mit dem Hinweis, daß nur die SPD Jugendpflicht zu treiben verliche. (Hier schloß das.)

Vom Haushaltsauschuss war vorzulegen worden, für alle Sportvereine für diese Zwecke insgesamt 5000 M. auszuweisen. Der SPD-Antrag wurde abgelehnt, der Antrag der SPD, zu kürzen des Haushaltsauschusses-Vorlages zurückgezogen. Bürgerblock und SPD, stimmten für den Vorstoß des Haushaltsauschusses, der für alle Sportvereine insgesamt 5000 M. zur Verfügung stellte.

mal für das Interesse der Mieter einleiteten. Rechtsanwalt Stalle vom Bürgerblock bemühte sich dagegen eifrig, an Hand einiger zusammengelagerter Einzelfälle die Sparpolitik dieser Veranstaltung zu zeigen. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Frau Wollig. Sie betonte, daß diese Abbaumaßnahme eine Verletzung der allgemeinen Wohnbaupolitik des Magistrats ist. Ferner betonte, daß man das gerade mit einer Inflationskurve, die das Recht des Mieters erhöht. Die Sparmaßnahmen seien im Vergleich zu den Nachteilen, die die Umstellung für die Mieterklasse bringt, unbedeutend, denn die Arbeit müßte

Wortfache Peters, ein ungelächter Fall?

Das gegen den Privatdetektiv Bruno Peters aus Regensburg feierlich eingeleitete Ermittlungsverfahren ist auf Befehl der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Wochenlang 1928, also vor fast genau einem Jahr, verstand auf kriegelichte Weise der Geschichtsforscher Bauer. Im Zweifelsfall werden die beiden Männer nicht nur als Zeugen, sondern auch als Zeugen der Zeugen angesehen. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Alle weiteren Berichte, die in das Dunkel zu bringen, scheitern. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Schlag gegen NSD. und KPD.

Am Sonntag fand eine Generalversammlung der Arbeitervereine statt, die sich mit dem Kampf gegen die NSD. und die KPD. beschäftigte. Die beiden Parteien sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die Frucht aus dem Leben.

Der Schriftsteller, der, wie wir jetzt wissen, am Sonntagabend in Regensburg starb, hat ein Buch hinterlassen, das die Frucht aus dem Leben ist. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Stiff als Aufnahmestrecke...

Stiff als Aufnahmestrecke... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Neue Abend-Sonntagsfeier.

Die neue Abend-Sonntagsfeier... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Der Appell in der Saalstraße.

Der Appell in der Saalstraße... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Drei einiigen Waffen.

Drei einiigen Waffen... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Eintritt der Staatsbediensteten aus den Berufsvereinigungen.

Eintritt der Staatsbediensteten aus den Berufsvereinigungen... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Über die Bildung von Betriebsvertretungen in der öffentlichen Verwaltung.

Über die Bildung von Betriebsvertretungen in der öffentlichen Verwaltung... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die haßliche Hauptpost baut

Das Verfallertum in Betrieb - Umgestaltung der Schalterhalle

Das Fernsprech-Verfallertum, das in dem Zustand der Schalterhalle (auf dem Hauptpostamt) zu sehen ist, wurde vor zwei Wochen in Betrieb genommen. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Weitere Bauarbeiten der Hauptpost.

Weitere Bauarbeiten der Hauptpost... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die Schalteranlage wird so angeordnet, wie die Schalterzeile und links des Raumes (als Fenster) zur bisherigen Anlage) zu liegen kommen.

Die Schalteranlage wird so angeordnet, wie die Schalterzeile und links des Raumes (als Fenster) zur bisherigen Anlage) zu liegen kommen. Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

120 - 300 Prozent Friedensmiete

Das Durcheinander der Wohnungsmieten

Das Durcheinander der Wohnungsmieten... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Bei der Aufstellung ihres jährlichen Mietprogramms hat sich die Reichsregierung...

Bei der Aufstellung ihres jährlichen Mietprogramms hat sich die Reichsregierung... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.



Für 50 Pfennig

ist zu gering!... wird manchen danken. Doch glaub mir - Freude riesengroß macht - wenn du's schenkst - ein Wohlfröhen - Los

Ein 50-Pfennig-Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Weihnachtslotterie ist immer ein passendes Geschenk! Hohe Gewinnchancen! Gewinne im Werte von 50000 RM!

Demokratie in der Verwaltung.

Demokratie in der Verwaltung... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Demokratie in der Verwaltung... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Was wird aus dem Alten?

Was wird aus dem Alten?... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Was wird aus dem Alten?... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Sonntag fängt die Woche an.

Sonntag fängt die Woche an... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Sonntag fängt die Woche an... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Der Wein aus der Rosarstraße.

Der Wein aus der Rosarstraße... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Der Wein aus der Rosarstraße... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Berufungen und Berufsaufstellungen.

Berufungen und Berufsaufstellungen... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Berufungen und Berufsaufstellungen... Die beiden Männer sind nicht nur Zeugen der Zeugen, sondern auch Zeugen der Zeugen der Zeugen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





Witze

der Provinz Sachsen

Kreis Delitzsch

Wie es zur Nachtragsumlage kam

Wegebauragen vor dem Kreistag - Erfolgreiche Nazi-Aktion

Delitzsch, den 14. Dezember.
Zu einer nochmaligen Behandlung der im letzten Kreistag abgelehnten Nachtragsumlage, wie schon berichtet, der Kreisrat zu einer dringlichen Sitzung am Sonnabend im Gasthof Weißkane zusammen. Zunächst nahm er die Besichtigung eines neuerbauten Wegelängels zwischen Wellau, Nieder- und Oberglauke vor. Durch den Ausbau dieser Wegstrecke soll eine möglichst gute Verbindung zwischen Eilenburg und Bitterfeld geschaffen werden. Es verdient hervorzuheben zu werden, daß bei dem Bau dieser Straße durch sofortige Anfuhr des Materials den Gemeinden nicht weniger als 10.000 M. erspart werden konnten.

Nach der Eröffnung des Kreistages ging Landrat Meißner nochmals auf die Maßnahmen ein, die zur Förderung des Wegebaues notwendig sind, ein und bemerkte, daß auch für das kommende Jahr schon 15 Millionen an ihre Bünde besichtigt des Wegebaues bereits angemeldet haben. Will man allen Förderungen Rechnung tragen, so wäre ein Gesamtaufwand von rund 1.400.000 M. notwendig. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein, allen Wünschen nachzukommen. Auch konnte man durch den Wegebau dem Ermittelungsproblem nicht energiegelad entgegenarbeiten, denn den Vorkosten der Wegebauforderungen verfährt der Kreis für das Material. Deshalb ist auch von der Kreisverwaltung die Frage geprüft worden, ob es möglich ist, die Landbesitzer-Verkehrsbeiträge wieder in Betrieb zu nehmen.

und zwar soll die Ausnutzung der Brüche der Kreisverwaltung für eine Anerkennungsbüro überlassen werden. Man ist jedoch von dieser Maßnahme abgesehen, einmal, da das Material für Straßenbauwerke nicht besonders geeignet ist, und zum anderen der Betrieb, wenn er nicht voll aufgearbeitet werden kann, so vollständig werden würde. Im übrigen erklärte der Kreistag sich damit einverstanden, daß die Wegebauforderungen im Kreis nach den Plänen der Wegebaukommission erledigt wird.

Im weiteren waren zwei Anträge der Nazis gestellt, daß der Kreis alle Wegebauforderungen übernehmen solle und wenn dies abgelehnt werden würde, so lagt ein zweiter Antrag, soll der Kreis den Gemeinden 50-75 Prozent der Wegebauforderungen bezahlen, damit die Gemeinden von sich aus die Arbeiten durchführen können. Durch die Ausföhrungen des Landrats wurde festgestellt, daß es in der gegenwärtigen Zeit unmöglich ist, diesen Anträgen zu entsprechen, weil man dadurch benachteiligten Gemeinden, die es auch in der nächsten Zeit verstanden haben, ihre Wege in Ordnung zu bringen, eine besondere Belastung zugunsten der anderen auferlegen würde. Auch die Vertreter des bürgerlichen Einheitsrats erklärten sich gegen den Antrag. Ebenso die SPD-Fraktion. Sie erklärten sich, daß die Ausfuhr der Wege nach den Plänen der Wegebaukommission notwendig müsse. Beide Anträge wurden deshalb der Wegebaukommission überwiesen.

Ein Antrag der Kommunisten, wonach Sondervergütungen an Erwerbslose

und sonstige Hilfsbedürftige gemäß werden sollen und wodurch eine errechnete Summe in Höhe von rund 650.000 M. erforderlich wäre, fand ebenfalls nicht die Zustimmung des Kreistages. Da ein Gesamtantrag auf 40.000 M. gestellt worden war, ließ unsere Fraktion erklären, daß wir für ihn stimmen werden, wenn die Kommunisten einen Weg zeigen, wonach es möglich wäre, die Summe einzubehalten. Das haben sie jedoch nicht getan, und deshalb lagte Abg. Buchle (Dsp.) den Kommunisten mit Recht, daß ihre ganze Forderung nur in Demagogie liege, denn in der gegenwärtigen Zeit haben sie gegen die Umlage in Höhe von rund 340.000 M. gestimmt, die zum großen Teil notwendig geworden ist, um eben Hilfsbedürftigen helfen zu können. Da die Kommunisten es erklären ließen, daß sie auch dem Antrag gegen die erforderliche Umlage stimmen würden, sah unsere Fraktion keine Möglichkeit, für die Anträge der Kommunisten zu stimmen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Nachtragsumlage.
die eine Summe von 340.984 M. gleich 34 Prozent des Haushaltsverfalls forderte, beschlossen. Die einzelnen Fraktionen gaben ihre Stellungnahme in der Form einer Erklärung ab und vertichteten diesmal auf eine besondere Diskussion. Die bürgerliche Einheitsfraktion ließ durch den Abg. Dr. Baumgardt (Delitzsch) und durch den Abg. Klau, der die landlichen Verhältnisse in dieser Fraktion vertritt, erklären, daß sie diesmal geschlossen für die Umlage stimmen würden, da auch bei einer Ablehnung die Steuern eingehoben würden. Zwei Mitglieder dieser Fraktion traten jedoch aus, und zwar der Reichsanwalt Müller (Eilenburg) und der Schreibermeister Gerold (Eilenburg). Sie stimmten

gegen die Vorlage. Rost-Schilling erklärte, daß man dem sehr beschränkten Staat keine Mittel mehr zur Verfügung stellen könnte, da er doch bald „zusammenbrechen“ würde. Das lagt ein Mann, der in einer halbstaatlichen Institution (Landfeuerzucht) beschäftigt ist!

Die Kommunisten wollten eine andere Regelung der Steuern. Alle Gehälter der Kreisbeamten, die über 5000 M. liegen, sollen auf diese Summe herabgesetzt werden. Wie es möglich sein soll, dadurch die 340.000 M. aufzubringen, bleibt ihr einziges Geheimnis, da

die Beamtegehälter insgesamt nur rund 60.000 M. betragen.
Da die sozialdemokratische Fraktion für die Vorlage eintrat, obwohl auch hier die größten Besenken vorlagen, wurde die Umlage gegen die Stimmen der Kommunisten, der Nazis und zweier Bürgerlicher beschlossen.
Interessant war es, von einem Brief Reichnits zu nehmen, den die Nazis an den Abgeordneten Dr. Baumgardt (Delitzsch) geschrieben und in dem sie ihm und seinen Fraktionsmitgliedern Vorwürfe machten, weil sie schon in der letzten Kreistagsitzung für die Vorlage gestimmt hatten. Baumgardt trat den Nazis in einer Erklärung scharf entgegen. Dieser Brief war von dem Nazisführer Kläning (Delitzsch) unterschrieben und verfolgte den Zweck, die Mehrheit für die Umlage illusorisch zu machen. Unverkennbar ist es diesmal nicht gelungen, und somit ist die Gefahr gegeben, daß

die sozialdemokratische Fraktion für die Vorlage eintrat, obwohl auch hier die größten Besenken vorlagen, wurde die Umlage gegen die Stimmen der Kommunisten, der Nazis und zweier Bürgerlicher beschlossen.

Delitzsch (Stadt)
Reichsbannerverfilmung.
In der Mitgliederversammlung des Reichsbanners hielt Fritz Schwarz in einem sich schließend vorrag über die Wegemacht der Gegenwart. Der mittelfristige Vertrag ließ mit Deutlichkeit, die Notwendigkeit des europäischen Zusammenstoßes und den Irrtum nationalitätlich bestimmter Außenpolitik erkennen. — Eine Preisgebung der letzten öffentlichen SPD-Versammlung und der daraus zu ziehenden Lehren schloß sich an. Die Verfilmung wird auf befristet.

Eilenburg
Eilenburger Gerichtsbilder.

Kleine Unfälle.
Bei der letzten Gerichtssitzung wurden vier Fälle von fahrlässiger Körperverletzung verhandelt. Erstens hatte der Kraftwagenführer E. den Inwaliden Schwarz in der Hauptstraße angefahren. Zweitens hatte der Landwirt M. aus Gospa die Arbeiterin Gräfe und

den Maurer Paul Richter auf der Straße von Eilenburg nach Gospa mit seinem Motorrad von hinten angefahren. Drittens hatte der Schloffer J. mit dem Kraftwagen seines Vaters auf der Dorfstraße Mendorf-Wörth den Maurerlehrling F. eines aus Mendorf angefahren und viertens sollte der Kraftwagenführer B. den Bauarbeiter Adolf Kaufmann mit seinem Kraftwagen in der Hauptstraße angefahren haben. Zämtliche Angeklagten bestritten ihre Schuld. Auf Grund der Pöngenanfragen werden die drei ersten früher zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. Im vierten Falle erfolgte Freispruch, da Kaufmann zu 6 bis 6 Meter vor dem Auto mit seinem Fußtritte die Straße überquerte.

„Gute Kunst!“
Der Gelehrte Max R. hatte am 23. September dem Kaufmann Sorenz, welcher ihn nach der Begründung fragte, an seinem Auto eine feinersteige getrimmter, und den E. mitgehört. Auf der einen Seite der Vollmachtnehmer Schilling mit dem Wagenführer B. das Auto des R. kam und die Personalien feststellen wollte, sagte R. zu dem Beamten: „Siebummes Kind, die Sie haben ja einen Klappsa!“
Zunächst wurde 75 M. vom Beamten durch die Publikationsbedingung des Urteils ausgesprochen.

Uns Wahrsch.
Der Maurer E. aus Heimoldau hatte am Tage der Reichstagswahl den Gemeindeverwalter Richter in Ausübung seines Amtes als Wahlversteher beleidigt. 5 Minuten vor Schluß der Wahlhandlung erschien E. mit seiner Tochter und verlangte, daß sie wählen könne. Dies wurde abgelehnt, worauf sie sich die Tochter erst am 4. September in Heimoldau angemeldet hat, während die Eltern am 31. August geschieden wurden. Durch die Ablehnung kam E. in Erregung, daß er sagte, Richter sei ja viel zu dumm, er könne nicht schreiben und sei ein großes A — — —. Dies wurde ebenfalls auf 75 M. Strafe erkannt und Publikationsbedingung ausgesprochen.

Automatenräuber.
Der Arbeiter Kurt B. hatte im März d. J. vor einem Geschäft in der Burgener Straße einen Automaten gehoben. Er hat den Automaten zunächst weggeschleppt und weiter mit noch zwei anderen den Automaten erbrochen, die darin befindliche Ware wurde unter den dreien geteilt. A., welcher schon mehrmals verurteilt ist, bekam für diese Dummheit 2 Wochen Gefängnis, während die beiden anderen freigesprochen wurden.

Kaufen ist besser als Stehlen.
Weil der Vater Johannes A. im Februar aus dem Gastzimmer der Stadthalle einen einem Arbeiter gehörigen Wintermantel entwendet hatte, bekam er wegen Diebstahls 75 M. Geldstrafe. Dafür hätte er noch einen besseren Mantel kaufen können!

wies besonders darauf hin, daß es Aufgabe der Parteigenossen sein müßte, ihre Kinder reiflos der Sozialistischen Arbeiterjugend zuzuföhren. Die Vorgang Gruppe habe bei der letzten Wahl ihren Mann gefunden und werde sich auch in Zukunft nicht von der politischen Arbeit betätigen. Als Erfolg konnten vier Rekrutierungen gebüht werden. — Die Jugend trat jeden Donnerstag in einem Klassenzimmer der Volkshalle auf der Promenade.

Kreis Sorgau

Sorgau (Stadt)

In der EZG geht es vorwärts

In einer Vorbereitungsstunde der Sozialistischen Arbeiterjugend sprach Genosse Zumppe über Zweck und Ziele der SAJ.

Badeanstaltsprojekt in Dommisch

Winterbeihilfe beschlossen - Am die Pflichtfeuerwehr

Dommisch. Die Stadtverordnetenversammlung hielt die Jahresrechnung 1929/30 auf eine, vorläufig noch zurückgestellte Punkte tag. Ein Haushaltsantrag, den Wanderlehrerführer von 25 auf 100 Prozent zu erhöhen, fand Annahme durch die bürgerliche Mehrheit.
Trotz einer bei der Ausfuhrung der Motorprüfungen gemachten Zwischenkunft auf

Aufhebung der Pflichtfeuerwehr

will der Magistrat auf diese auf die Jahreshöhe von 24 bis 30 Jahren beschränken, während die Arbeitervertreter für völlige Aufhebung eintraten. Die bürgerlichen Vertreter beschloßen entgegen dem Antrag. Die Annahme des Lebensjahres des Jahres 1929, den der Festausdruck zur

Errichtung einer Bobanbahn

außerhalb des Gebietes bestimmt hat, erfolgte mit 11 Stimmen. Die Vorarbeiten für die Bobanbahn sollen beschleunigt werden, um recht bald Arbeitslosigkeit zu schaffen. Zudem Segman (SPD.) reist an die Bobanbahn in der Wasserfläche der oberen Mühle anzulegen und durch Rohrverbindungen nach der Juncshof Mühle

Entnahmestellen für die Motorprüfungen zu schaffen.

Ein Antrag der SPD. die Deputationen nach verordneten Arbeitsgebieten zusammenzuführen wurde durch die bürgerliche Fraktion abgelehnt. Das heißt Arbeit betätigen. Als Erfolg konnten vier Rekrutierungen gebüht werden. — Die Jugend trat jeden Donnerstag in einem Klassenzimmer der Volkshalle auf der Promenade.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zum Etat

Das unangenehme Aussehen wurde einstimmig beschlossen, als Winterbeihilfe an Erwerbslose und sonstige Bedürftige neben dem vom Magistrat vorgezeichneten 300 Tausend Mark und 50 Zehntausend bis 500 M. zur Verfügung zu stellen. Anträge sind beim Magistrat zu stellen; die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt durch die Volksbildungsdeputation unter Einwirkung von 2 Erwerbslosen.

Die nichtöffentliche Sitzung beendete sich wieder mit der Angelegenheit S. u. f. in der immer noch nicht hinreichende Sicherungen vorliegen.

Zwei Eheunen abgebrannt

Waldheim. Während der Brandzeit mit seiner Familie in Zargau weilt, um Nachschneefälle zu machen, brach in seiner Eheune Feuer aus, das sich auch auf die anschließende Eheune eines Nachbarn ausbreitete und beide Gebäude vernichtete. Getreide, Heu und Stroh gaben den Flammen reiche Nahrung. Sehr nachteilig machte sich das Fehlen einer zweiten Spritze und einer größeren Wasserpumpe bei den Löscharbeiten fühlbar. Die Brandursache ist völlig ungeklärt.

Kreis Bitterfeld

Schiffbauernachfrage der Mulde.

Die wirksame Befähigung der Erwerbslosigkeit ist ohne Zweifel die Arbeitsbeschaffung. Dabei spielt die Anlage unserer Wasserwege auch eine Rolle, wenn auch bisher leider immer nur eine passive, da die Geländemittel schwer zu beschaffen sind. Am Sonnabend fand in Bitterfeld eine Konferenz statt, an der außer dem 1. Bürgermeister und dem Landrat u. a. auch zwei Wasserbauingenieure aus Leipzig teilnahmen und das Problem der Schiffbauernachfrage der Mulde von Dessau bis Bitterfeld zum Gegenstand hatte. Es wurde ein Plan entworfen, der die Regulierung mit Befestigung der linken Uferböschung sowie die Schaffung breiter Schleusen bei Rehdorf, Raguhn und Dessau vorschlug. Der Plan soll in das Gelände zwischen Bitterfeld und Groppe kommen. Das Projekt würde ohne die Schleusen 13 Millionen kosten.

Es war diesem Plan ernstlich näher tritt, sind noch einige ausföhrungsbedingende Fragen zu lösen. Die schwierige Lösung wird auch hier wieder die Beschaffung der Gelder sein, so daß es wahrscheinlich bei der theoretischen Erörterung bleiben wird.

Kreis Liebenwerda

Anstößliche Handlungen an Pflegekindern.

Liebenwerda. Unter Aufsicht der Defizienten und Einweisung eines Schlichter Richters verhandelte das Gericht gegen den Arbeiter W. R. aus Liebenwerda wegen Vornahme unangestellter Handlungen an einem kleinen Pflegekind. Der Mann war unter 14 Jahren. Der Angeklagte, der bei seiner polizeilichen und richterlichen Vernehmung sein Vergehen eingestanden hatte, behauptete in der Verhandlung, er sei unschuldig. Er widerrief seine früheren Aussagen mit der Angabe, daß den Angeklagten für überhöht und nachträglich geteilt zu sein. Auch die Mädchen widerriefen ihre früheren Aussagen. Das eine will es dem anderen nachgelegt haben, und das andere Mädchen meinte, es hätte die Sache wohl berichtet, durch die Vernehmungsaufnahme hat der Bericht über den Angeklagten für überhöht und erklarte auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis. Neben Jugendverbot und evtl. Beeinflussung der Zeugen bei einer evtl. Berufungsverhandlung erfolgte sofortige Verhaftung.

Neue Zweigstelle der Kreispartei.

Grünwäldchen. Ten wiederholt beklagte.

Bürgerinnen von Antretentellen nachkommend hat die Kreispartei Grünwäldchen in Gießfeld Gemeinderat eine Zweigstelle errichtet, die sich allgemeiner Beachtung erfreut. Der bürgerliche Parteiführer ist gerade in wirtschaftlich schwerer Zeit für die ganze Arbeitslosigkeit wichtig, aber darüber hinaus von jedem anderen der öfters Zahlungen kleiner oder Zahlungen erhält, in Anspruch zu nehmen. Die Zweigstelle erledigt aber auch alle anderen Sport- und Parteigeschäfte und ist täglich von 8 bis 13 Uhr und von 14 Uhr nachmittags bis 16 Uhr nachmittags geöffnet.

Grünwäldchen. Die Frauengruppe der

SPD. loder zu einer Weihnachtsfeier am Donnerstag, dem 18. Dezember, abends 1/2 Uhr im Saale des Rathhofs zur Walle ein. Alle Parteimitglieder mit ihren Kindern sind bestens eingeladen.

Leuchtturm. Weihnachtsabend.

In bescheidener Weise begeht die sozialistische Frauengruppe am Mittwoch bei Beschlüssen ihren Weihnachtsabend. Von jeder besonders Kaufmann angeht, die die Beschlüsse abgeben werden, dafür sollen am Nachmittag einer Anzahl von Hilfsbedürftigen Familien Geldbesuche überreicht werden, die wenigstens eine kleine Weihnachtsfeier bereiten sollen. Alle Mitglieder werden gebeten, sich am Abend vollständig einzufinden.

Familien-Nachrichten.

Halle: Gehörten: Louis Köhler; Kurt Prubert; Richard Trüger; Hermann Böhler; Karl-Otto Ademann; Ernst Reichelt; Gehörten: Georg Schumann. **Magdeburg:** Gehörten: Kurt Bodde; Eppotta; Gehörten: Wilhelm Schöler.

Verantwortliche: Ernst Köpke, Verantwortlich für Inhalt: Richard Trüger, Hermann Böhler, Karl-Otto Ademann, Ernst Reichelt, Gehörten: Georg Schumann. **Halle:** Gehörten: Kurt Bodde, Eppotta; Gehörten: Wilhelm Schöler.

Verantwortliche: Ernst Köpke, Verantwortlich für Inhalt: Richard Trüger, Hermann Böhler, Karl-Otto Ademann, Ernst Reichelt, Gehörten: Georg Schumann. **Halle:** Gehörten: Kurt Bodde, Eppotta; Gehörten: Wilhelm Schöler.

Verantwortliche: Ernst Köpke, Verantwortlich für Inhalt: Richard Trüger, Hermann Böhler, Karl-Otto Ademann, Ernst Reichelt, Gehörten: Georg Schumann. **Halle:** Gehörten: Kurt Bodde, Eppotta; Gehörten: Wilhelm Schöler.

Arbeitslose gehen zur Schule

Wird junge Menschen hinter Schreibmaschinen Das Hausverwalter des Arbeitsamtes - Auf dem Wege wieder ins Erwerbsleben

Der Paragraph 127 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung lautet: „Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann Berufsausbildung zur beruflichen Fortbildung und Umschulung insoweit aus Mitteln des Bundes für die Zeitdauer von sechs Monaten bis zu einem Jahr für die Zeitdauer, als sie geeignet ist, die Vermittlung von Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslosigkeit zu entziehen.“

In einem der großen Gebäude des Arbeitsamtes Berlin-Witte leben in einem kleinen Saal 40 neue Schreibmaschinen.

Von Continental bis Zoppo ist jedes System vertreten. 40 Menschen sitzen hinter den Maschinen - junge und alte. Neben dem jungen Büroknaben, das halb ausgelert, schon von der Arbeitslosigkeit überholt wurde, ist ein älterer Angestellter, dessen dunkles Haar schon die ersten grauen Fäden durchzieht. Der Leiter des Saales leitet die Arbeit an den Maschinen, in der Rechten die Uhr. 40 Schreibmaschinen klappt nach seinem Diktat. Später werden die Stenographienbücher vorgelesen. Den ganzen Tag über gehen sich die Lehrlinge umher. Immer wieder neue Schüler tauchen hinter den Maschinen auf.

Am Abend summt und rassel ein Dutzend elektrischer Schreibmaschinen. Mädchen sitzen daran und nähen Kleider und Mäntel. Man glaubt sich in einem Arbeitsraum der Bekleidungsindustrie verkehrt. Ein erfahrener Direktor geht von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, kontrolliert, gibt Ratschläge und sieht nach dem Rechten. Von Arbeitsamt keine Spur - und doch ist das Ganze nur ein Ausläufer aus dem weitestgehenden sozialen Arbeitsprogramm eines modernen Arbeitsamtes.

Dazu gehört auch noch ein großes Orchester mit etwa 50 Musiker Besetzung, das in einem anderen Raum seine wöchentliche Übungsstunde abhält. Instrumente werden noch geübt, aber eben ist der Kapellmeister eingetroffen und beugt sich über die Partitur: „Beethoven's Oboen-Kontrabaß.“ Der Dirigent klopfte auf das Mault - schon legen die Streicher den Bogen an. „Dieses Orchester vermittelt sich auch, was wollen nicht nur“, erklärt der Leiter des Arbeitsamtes Berlin-Witte, „die Arbeitslosen kontrollieren und vermitteln, - wir haben auch ihre Fortbildung und Umschulung in unser Arbeitsprogramm aufgenommen. Fortbildung und Umschulung? Die Aufgabe ist im Augenblick so groß, daß die Arbeitsvermittlung in den meisten Stadtgruppen schwierig und vielfach trübsalig ist, fehlt es doch hin und wieder an ausgebildeten Spezialkräften, die auf dem Wege der Vermittlung nicht besetzt werden können.“

Deshalb verlangt das Arbeitsamt in Verhandlungen mit Fortbildungsinstituten die schärfsten Kräfte herauszubekommen.

Es soll damit gleichzeitig allen Beteiligten geschaffen werden: dem Arbeitnehmer selbst und materiell durch die Aussicht auf schnellere Arbeitsvermittlung dem Arbeitgeber, der jederzeit die gemästete Arbeitskraft zugewiesen bekommt und schließlich auch dem Arbeitsamt, das nur die Kosten der Ausbildung trägt, dafür aber durch frühere Vermittlung des Arbeitslosen die Unterstützung einspart, was in jedem Falle meist ausmacht.

Ein Beispiel aus der Praxis: Ein ungelerner Arbeiter erscheint. Er hat früher einmal Messer gelernt. Das heißt, er hat diese Lehre angefangen und dann wieder aufgeben müssen. Messer aber sind immer noch gefragte Werkzeuge. Man sieht ihn bei der Arbeit an der Messer-Fabrik nach Orléans. Er wird dort seine Prüfung machen und bekommt bald eine Anstellung. Im anderen Falle hätte er noch monatelang humpeln müssen.

45 Lehrgänge und Fortbildungskurse hat das

Arbeitsamt Berlin-Witte, das größte Amt Deutschlands, im vorigen Winter eingerichtet - 20 in diesem Sommer. Kurze im Maschinenbau - in Diätetik und Straßenschilder - Kurse im

12 Stunden hilflos in der eisigen Dflsee



So wurde die Besatzung des gesunkenen finnischen Schoners „Morioff“ gefunden. - Der schwedische Torpedobojer „Munnin“ konnte die Stoffe Belagung des gesunkenen finnischen Schoners „Morioff“ aufnehmen, die 12 Stunden lang an den Wrackteilen geklammert im eisigen Wasser der Dflsee getrieben hatte.

Neuland aus dem Meer

Ein Teil der Nordsee wird abgeschlossen - Neue Dämme Ost-Ärmum-Booge-Wellenorm-Nordstrand - Rentabilität gesichert, aber die Finanzierung?

Der Vertrag, den die Nordsee mit dem Meer abschließen wird, ist ein großer Schritt auf dem Wege zur Neuland aus dem Meer.

Der neue Plan zur Gewinnung von Neuland, wie sie im überfluteten Deutschland notwendig ist, sieht die Abberaumung und Ausrottung eines Teiles der Nordsee vor, unter Zustimmung der Belagerungsstände des Meeres.

In diesem Zweck soll die Schließung der bereits mit dem Wellenbau vereinigten Insel Ärmel mit der Insel Ärmel durch einen Damm verbunden werden.

Von Ärmel nach der Damm über die Dämme-Insel Booge nach der Insel Wellenorm und von dort nach der Insel Nordstrand führen, die wie Ost, ebenfalls bereits mit dem Wellenbau verbunden ist. Diese Dämme, die alle den ganzen Teil der Nordsee abschließen sollen, in dem die Insel Ärmel und die kleinen Ärmel Inseln, können der hohen Kosten wegen nicht gleich so massiv angelegt werden wie der Hindenburgdamm nach Ost. Es sollen vielmehr zunächst lediglich aus einer Doppelreihe dicker Pfeiler bestehen, über die zur Erleichterung des Menschen- und Materialtransports die Schienen einer Feldbahn gelegt sind. Erst danach die fortgeschrittenen Abtragungen von Sand und Schotter führen und an den Wänden sollen sich im Laufe der Jahre die Dämme so verfestigen, daß schließlich jeder Sturmflut zu trotzen vermag, worauf dann das Hinterland durch entsprechende Abtragungen trocken gelegt werden kann.

Das Gezielte, das auf diese Weise aus der See

Belagerungsstellen für Dreher und Schloßer - in Deutsch - Schreismaschine und Stenographie. Eine größere Anzahl von Angestellten wurde an den neuen Führerschulungsinstituten ausgebildet. Viele Arbeitslose schickte das Arbeitsamt auf Fachschulen, andere nahmen an Umschulungsbetrieben teil.

Man hat den besten Willen zu helfen. Es ist immer möglich? Man hofft es. Man verliert sich beim Willigen Menschen nicht und braucht in ihrem Beruf, schreien nach Arbeit.

Schiff explodiert

Auf dem Calcestradon, „La Martinière“, das täglich zweimal ein Transporthaus fruchtbarer Erträge nach dem Hafen von Genoa bringt, ist am Montag im Laufe vorgemerker Reparaturen im Treibhaus von La Nocelle eine schwere Explosion erfolgt. Das Schiff, das am 1. Februar mit einem neuen Treibhaus ausgebaut worden war, wurde von einem Arbeiter mit einer offenen Lampe im Treibhaus auf seine Wasserdrücke untersucht. In einem Zeit des unteren Schiffes hatten sich jedoch giftige Gase angesammelt, die den Arbeiter vergifteten. Das Schiff wurde durch die offene Flamme in ihre Höhe kam, explodierten. Der Unglücksfall wurde in tausend Stücke zerfallen. Ein Teil des oberen Schiffes lag auf dem Hafen-Rand, wo herumstehende Materialteile zwei Arbeiter töteten. Die Frau lag auf dem Schiff, die sich in ihrer Höhe kam, explodierten. Der Unglücksfall wurde in tausend Stücke zerfallen. Ein Teil des oberen Schiffes lag auf dem Hafen-Rand, wo herumstehende Materialteile zwei Arbeiter töteten. Die Frau lag auf dem Schiff, die sich in ihrer Höhe kam, explodierten.

Freispruch im Heise-Prozess

Im Detmolder Weineisprozess ist der angelegte Präzidentiale Heise von der Beschuldigung des Heises freigesprochen worden. Die vor dem Gericht verurteilten Nationalpolitiker, nachdem der Freispruch des republikanischen Beamten, der das Opfer einer demagogischen Heise werden sollte, mit dem Rufe „Deutschland erwecke!“ auf.

Haus unter Gas

In einem Hause in Berlin K. wurde ein Ehepaar in seiner Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Es zeigte sich, daß der Gasbehälter, offenbar verlegt, einen Leck hatte. Die Frau lag im Bett, das beim gewöhnlichen Öffnen der Wohnung bereits lichterloh brannte. Jeden Augenblick konnte das Haus durch eine furiose Explosion in die Luft fliegen. Die Hausbesitzer bestanden, nach Gas Ehepaar nichts in angelegtem Zustand nach Gas gekommen. Man nimmt an, daß die Frau rauchend zu Bett gegangen und mit der brennenden Zigarette eingeklappt ist. Das Äußerliche des Gasbehälters ist vielleicht dadurch zu erklären, daß der Mann vom Arbeiter bestohlen, noch einmal aufstand, hinfiel und dabei den Gasbehälter abriß.

Entlassungsantrag für Müllerjahr

Durch den Vertreter des Lagerverwalters Müllerjahr, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, ist am Montag der Antrag gestellt worden, Müllerjahr, der über fünf Jahre seiner Tätigkeit verbrachte, nach dem Ende der Tätigkeit in den Ruhestand zu versetzen. Dr. Rosenfeld betont, daß auf Grund neuer Entlassungsmaßnahmen der Lagerverwaltung zu einer Freisprechung Müllerjahr müße. Die neuen Entlassungen gegen die Glaubwürdigkeit des Herrn von Sommer werden bestenfalls durch die Freisprechung der Lagerverwaltung für Müllerjahr. Müllerjahr soll vor Jahren Kriegsmaterial, das bei den Briten-Raumvertrieb Industrieunternehmen in Berlin-Witten-Lager, an die Internationalisierte Kontrollkommission verbracht haben.

Brand im kalifornischen Seebad

Bestern in früher Morgenstunden geriet 15 Häuser eines malerischen Strandortes bei Santa Angeles infolge einer Explosion in Brand. Das Feuer wütete drei Stunden lang. Einmalige Häuser wurden gänzlich zerstört. Die Bewohner, in Schutzhäusern und -häusern, konnten nur das nackte Leben retten. Der Gasbehälter ist überhitzt.

Während die Dämme der Insel Ärmel nach wie vor ihren Platz an der Westküste behalten würden und auch das kleinere Ost-Ärmel um Ärmel um der Schließung der Insel Ärmel nach nur wenige tausend Meter entfernt liegenden Westland, dem „Ärmel“, sich ausbreiten könnte, würde das von zahlreichen Kurorten alljährlich besuchte Nordstrand Ärmel, das an der Südküste der Insel Ärmel liegt, sich nach Bollung des Planes, in einer Entfernung von etwa 20 Kilometer von der neuen Vorleuchte entfernt sehen. Die Werke werden, auf die Weise, „Vordengel“ zu werden.

Das Drama des italienischen Sozialismus

Godeskanpf der Freiheit

Von Pietro Kenni

Copyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz, Nachf., GmbH, Berlin. 25

Der Morgen des 28. Oktobers zog kalt und grau heran, als ob der „König“ verließ, um einen Spaziergang durch die Stadt zu machen. Schon hatten die ersten Ausgaben der Zeitung die Nachrichten der vorigen Nacht verbreitet. Der „König“ der Serie, der zum Jahre hindurch den Reichstagen gegen die Sozialisten die Sprache gehalten hatte, nahm plötzlich in entscheidender Weise gegen den geplanten Gewaltstreik Stellung. In den Reden, so zahlreiche Arbeiter auf dem Wege in die Fabriken, Hofmännchen, wurden die Ereignisse lebhaft kommentiert.

Vor den Betrieben standen die Arbeiter in Gruppen. Um den militärisch besetzten Bahnhof umlagerten Soldaten. Die Proteste vor sehr lebhaften sich an den wichtigsten Kreuzungspunkten. Um die Redaktionen des „Popolo d'Italia“, wo sich Mussolini aufhielt, war ein sehr dichter Militär-Lager gezogen. Der Reichstagenführer hatte in der Rede verurteilt, das 11. Regiment der Reichstagenführer zu bringen. Mussolini hat zu verurteilen, hatte man ihn an die Luft gesetzt.

Die Gewerkschaften und die Partei traten ganz offen für den Streik ein. Man hatte Mussolini umzwang Millionen für die Verfassung gestiftet, um den Streik an Rom zu finanzieren. Die Worte war die Diktatur durchzuführen, daß die Regierung gewollt wäre, durch schnelles und entschlossenes Vorgehen im Lande Ordnung zu machen. In der Zeit wurde gegen sehr viele Menschen ein Anruf der Regierung ausgesprochen, der sehr energisch geschloß war. Es ließ durch: „Der gegenwärtigen Verfassung ist die Pflicht, mit allen Mitteln die autoritäre Regierung die Pflicht, mit allen Mit-

teln und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zu schützen. Und sie wird diese Pflicht voll und ganz erfüllen, um das Leben der Bürger und die freien Institutionen der Verfassung zu schützen.“

Wir erwarten, daß die Bürger sich ruhig verhalten und den Maßnahmen vertrauen, die angeordnet sind.

„Es lebe Italien! Es lebe der König!“

Unterstützung: Pietro Schomager, Antonio Tabacchi, Alessio, Pietro, Galati, de Vita, Annie, Riccardo, Mario, della Sbarba, Galati, Antonio.“

Im Laufe des Nachmittags bestätigte ein offizielles Kommuniqué die Absicht der Regierung, die öffentliche Ordnung und die Verfassung zu verteidigen. „Der Minister“, hieß es darin, „hat beschlossen, in allen Bezirken des Reichs von heute zwölf Uhr mittags des 28. Oktobers an den Belagerungszustand zu proklamieren. Seit heute nachtag der Minister hat ununterbrochen im Parlament das Minimal zur Erteilung der notwendigen Befehle.“

Kurze Zeit darauf wurden die strategischen Punkte der Stadt militärisch besetzt. An den wichtigen Straßenkreuzungen wurden Maschinengepäck aufgestellt.

Die Besatzen und ihre Maßnahmen waren energisch und wirksam. Mussolini wachte über, daß im Falle des Zusammenstoßes die große Mehrheit der Bevölkerung mit dem Meer gemeinsame Sache gegen die Schwärzenden machen würde. Er dürfte damals sein Spiel für seinen geschlossenen Schach ziehen. Er hat keine Freunde brennende Gerichte in Unlauf und beständigen die Verfassung Salendans. Da erschien eine neue Verfassung der Profraktion, die alle politischen Gruppen erleichterte und ihnen ihre Registrierung

zuzug. Die Proklamierung des Belagerungszustandes war widerrufen worden. Was ging nun in Rom vor?

18. Die Treulosigkeit der Monarchie

Im Rom ging folgendes vor: Zwischen der Verfassung und denen, die die Verfassung verurteilten, zwischen dem Parlament und dem Kaiser, zwischen der Regierung, die schwand sein mochte, aber die einzige legitime Regierung war, und der Monarchie wählte Viktor Emanuel III., von Gottes Gnaden und durch den Willen des „König von Italien, die Vertreter der Konstitution, den Kaiser und die Monarchie.“

Als man in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober dem Ministerpräsidenten Italia mitteilte, daß Mussolini die Fahne der Revolte aufgeschlagen hatte, fiel der stolze Mann aus den Wolken. Welches Recht! Endlich war er von der Regierung zurückgetreten, und gerade in diesem Augenblick der Entscheidung mußte er mit Ereignissen aufnehmen, die größer waren als er. Er brach in Tränen aus. Er sah sich um und sah Menschen, die sich wie er selbst auf die beste Art über der Sache ziehen wollten. Nur zwei Minister führten ihren Kollegen die Verantwortung zu übertragen, die er ihnen leistete. Das waren Amendola, der das Justizministerium übernahm, und der Reichstagenführer, der sich für die Sache einsetzte, und der Minister des Innern, Taddai, der genau wußte, daß seine Karriere auf immer zerstört werde, wenn es ihm nicht gelang, die Ordnung wiederherzustellen.

Auf Grund seiner Auffassung der Pflichten der Regierung und der Absicht der Krone forderte Amendola, das Ministerium müsse, obwohl es zu-jugetreten sei, den Rat haben den Reichstagen als oberstes des Gesetzes lebend zu erklären und entsprechend gegen ihn vorzugehen. Der Minister des Innern schloßete ihm bei, obwohl für ihn zwei geringere Sorgen den Ausschlag gaben. Einmal wurde der Kaiser verlassen, dann der Reichstagenführer und Parlamentarier, und, wenn der Kaiser freigeht war das Parlament jetzt zu die-

energischen Schritt bereit, wenn nicht aus Sorge um seine Würde, so doch wenigstens aus Selbsthaltungstriebe.

Als dem König der Beschluß des Ministeriums mitgeteilt wurde, schien er ihn anzunehmen. Aber es gab bei ihm zwei Parteien, deren eine glaubte, es sei die erste Pflicht des Königs, unter allen Umständen um einen guten oder einem liberalen Institutionen zu verteidigen, während die andere die Diktatur erstrebte.

In den wenigen Stunden zwischen der Proklamierung des Belagerungszustandes und dem Widerruf trat der König zwischen Minister und Parlament, zwischen Regierung und König ein Zwischenstück, das zur Waise herabsank.

„Euer Majestät wollen uns die nötige Vollmacht zum Wiedererwerb des Kaiserthums geben“, sagte die Regierung, über ihr eigene Kaiserthum stützte er Viktor Emanuel III.

„Verhüten Sie einen Zusammenstoß zwischen Patrioten, die dem auf beiden Seiten gerufen wird: Es lebe der König, es lebe das Volk“, antwortete der König.

„Minister! In Minister, welches immer die Fahne sein möge, die man aufspannt. Ein Gemeinwohl kann nur beruhen werden um den Preis der völligen Abkündigung des Staates“, bemerkte die Sozial Union.

„Mein Vater, der Herzog von Savoia, behauptet, die Minister sind geschloß. Ich habe, Minister zu sein, wenn sie die Verteidigung des Königs und die Wiederherstellung der Ordnung zum Zweck hat.“

„Wir geben Euer Majestät zu bedenken, daß für die Lösung einer solchen Krise die Krone den Willen des Reichstagenführer und der Regierung folgen muß. Die verantwortliche und legitime Gewalt durch illegitime Gewalt verdrängt wird, ist eine Verletzung der Verfassung vor. Die Geschichte lehrt, daß sich demoralisierte Regierungen rächen“, antwortete die Sozial Union, die der Überzeugung der Reichstagenführer das Wort redete.

Über der König ließ sich von praktischen Rücksichten leiten. Als man ihm also das Dekret zur Proklamierung des Belagerungszustandes zur Unterdrückung unterbreitete, weigerte er sich, es zu unterzeichnen.

(Fortsetzung folgt.)

